Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 55 (1976)
Heft: 2

Artikel: Zur Position der "Linken" in der Sozialdemokratie
Autor: Bürcher, Beat
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-339136

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Beat Bürcher

Zur Position der «Linken» in der Sozialdemokratie

Antwort an Fritz Heeb[1]

> *Nichts ist verderblicher als die Haltung jener Leute, die gewisse Zustände, die zwar schon herrschend sind, deren Charakter aber noch nicht durchschaut ist, ohne weiteres sanktionieren, sozusagen trotz allem im vornhinein, und jene als naiv verlachen, die die Herrschenden beim Wort nehmen, um ihre Taten als nicht zu ihren Worten passend aufzudecken, so den Charakter der Zustände entlarvend.* Brecht in seinen «Marxistischen Studien»

Innerhalb der Sozialdemokratie hat es immer Strömungen und Gruppierungen gegeben, die als «Linke» bezeichnet wurden oder die sich auch selbst als solche bezeichnet haben. Diese «Linke» ist innerhalb der Sozialdemokratie immer eine Minderheit geblieben. Sie hat aber trotzdem beinahe immer die grundsätzlichen Diskussionen massgebend bestimmt. Dabei hat sie stets einen Kampf an mehreren Fronten geführt und führen müssen: einerseits einen grundsätzlichen antikapitalistischen Kampf gegen den eigentlichen Klassengegner und anderseits einen Kampf innerhalb der eigenen Reihen gegen die Anpassung, gegen die Kapitulation vor Repression und Disziplinierung, gegen die Ideologie der Sozialpartnerschaft und gegen die idealistische Überschätzung kurzfristiger Vorteile. Ohne selbst mehr als notdürftig organisiert zu sein, hat dieser Kampf an mehreren Fronten die «Linke» meist überfordert, oft aber doch zu beträchtlichen Mobilisierungen geführt. Der Kampf wird auch in Zukunft notwendig sein und geführt werden müssen. Theoretische Arbeit und ideologische Basis werden dabei ihre Bedeutung beibehalten und massgebend sein für die politische Praxis der «Linken». Beispielhaft sind die Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratie im Werk von Karl Liebknecht dokumentiert, der ja bekanntlich bis in die Jahre des Ersten Weltkrieges hinein sich vehement gegen eine Abspaltung ausgesprochen hat.

Berechtigte Frage und Vorwand zur Rechtfertigung

Wenn Fritz Heeb nun fragt, was denn heute die junge «Linke» eigentlich wolle, dann ist er als «alter Linker» wohl einer der wenigen, der das im Grunde recht genau weiss oder wissen müsste. In seinem Artikel stellt er denn auch eigentlich nicht weitere konkretere Fragen, sondern er versucht

[1] Vgl. Fritz Heeb: Was will die junge «Linke» eigentlich? («Profil» Nr. 9/75)

seine heutige Position innerhalb der Sozialdemokratie abzugrenzen und zu rechtfertigen, wobei er ohne einige Diffamierungen nicht auszukommen scheint. Trotzdem, die Frage ist gestellt, und dem Versuch einer Beantwortung soll nicht ausgewichen werden. Es sind aber auch einige Richtigstellungen notwendig. Weiter muss betont werden, dass dieser Versuch ausgeht von einer Beurteilung der gegenwärtigen Situation in Zürich, die ja auch für Heeb Ausgangspunkt seiner Betrachtungen war.

Fanatiker der Reinheit und radikale Demokratie

Die meisten Genossinnen und Genossen, die Heeb als «intolerante Fanatiker der Reinheit» bezeichnet, sind nicht zuletzt auf Grund der Standortbestimmung und des «Programms der radikalen Demokratie» der Zürcher Kantonalpartei aus dem Jahre 1969 der Partei beigetreten. Diese in einer politischen Aufbruchstimmung verfasste programmatische Erklärung hat Fritz Heeb wesentlich mitgeprägt. Die «Linke» hat dieses Programm ernst genommen, aber nicht nur als verbalradikales Papier, sondern als Handlungsanweisung für die politische Praxis.

Unterschiedliche Richtungen innerhalb der Linken

Innerhalb dieser als «Linke» bezeichneten Gruppierung gibt es nun allerdings verschiedene Strömungen, die ineinanderfliessen, wobei sich aber doch zwei Hauptrichtungen ausmachen lassen. Die eine Richtung ist eindeutig marxistisch orientiert. Sie ist gewillt, ihre politische Praxis auf die Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus abzustützen, den sie auch weiterzuentwickeln versucht. Die andere Richtung geht in erster Linie von konkret anstehenden Problemen aus und versucht, spontane oder auch geplante Aktionen zu entwickeln. Die beiden Richtungen schliessen sich nicht aus und können sich sogar ergänzen. Gesamthaft steht diese «Linke» grundsätzlich auf dem Boden des SPS-Programms aus dem Jahre 1959 und der Erklärung der Sozialistischen Internationale über Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus aus dem Jahre 1951. Sie betrachtet jedoch verschiedene einzelne Programmpunkte als allzu zeitbedingt und überholt, so insbesondere den darin vertretenen penetranten Antikommunismus.

Bisherige Ansätze zur Formulierung einer linken Politik

Die Tatsache, dass die «Linke» innerhalb der Sozialdemokratie keineswegs eine festgefügte Gruppierung ist, schliesst auch aus, dass ausformulierte «Leitlinien und Perspektiven» einer linken SP-Politik vorliegen, wie sie Heeb offenbar vermisst. Es wäre aber verfehlt, daraus zu schliessen, dass nur Einzelfragen der kommunalen und kantonalen Tagespolitik aufgegriffen worden wären, wie Heeb behauptet. Im Gegenteil. Es war unbestritten die Linke, die innerhalb der Zürcher Stadtpartei die Wahlplattform 1974 in dem Sinne geprägt hat, dass in ihr einige Grundsätze zu

den Möglichkeiten und Grenzen sozialdemokratischer Kommunalpolitik im Produktionsbereich und im Infrastrukturbereich festgehalten wurden und dass dieses Programm mit verbindlichen Richtlinien verknüpft wurde. Die bürgerlichen Parteien sahen sich veranlasst, diese Richtlinien heftig anzugreifen und die Behörden zu beauftragen, deren Illegalität festzustellen. Entsprechende Entscheide stehen zurzeit noch aus. Es waren Vertreter dieser Linken, die nach der U-Bahn-Abstimmung innerhalb der Kantonalpartei Thesen zur Verkehrspolitik formulierten, die auf einer politökonomischen Analyse beruhten und weit über tagespolitische Fragen hinauswiesen. Innerhalb der SPS hat die Zürcher Linke die grundsätzlichen Parteitagsdebatten der letzten Jahre provoziert und weitgehend auch geführt. Nimmt man Anträge und Argumentationen der Linken dieser Parteitage zusammen, so ergibt sich bereits etwas, was man als Ansatz einer Perspektive linker SP-Politik bezeichnen könnte. Stichwortartig wären ohne Vollständigkeit etwa aufzuzählen:

- Unterstützung der Volksinitiative der PdA «für eine wirkliche Volkspension» sowie Forderung nach Arbeitszeitverkürzung und gleitender Pensionierung (PT 1972),
- grundsätzliche Stellungnahme zur Frauenfrage und Ablehnung des offiziellen Berichtes (PT 1973),
- Entwicklung eines Konzepts für eine sozialistische Bodenpolitik (PT 1973/74/75, vergleiche auch «Profil», Nr. 5/1974),
- Militärpolitik im Sinne einer Demokratisierung in der Armee (PT 1974),
- Grundriss der Wahlplattform und der Erklärung der SPS zuhanden der Öffentlichkeit für die Wahlen 1975 (Antrag 200d am PT 1975).

Dies alles soll in keiner Art und Weise überbewertet werden, widerlegt aber doch klar die Behauptung von Heeb, diese Linke, die er stets betont als «junge Linke» bezeichnet, habe es bisher vermieden, ihre grundsätzliche politische Anschauung darzulegen.

Informationen zur Standortbestimmung

Massgeblicher Ansatz und Versuch einer Standortbestimmung der Linken innerhalb der SP sind schliesslich die seit anfangs 1974 (das heisst seit der Einstellung der «Zürcher AZ») periodisch erscheinenden «SP-Informationen der Zürcher Sektionen» 1/2/6/7/8. Diesem Publikationsorgan hat Heeb zusammen mit anderen prominenten Genossen bereits im Frühling 1975 den Kampf angesagt. Er hat dies nicht deshalb getan, weil er diese «Informationen» belanglos findet, sondern weil in diesen «Informationen» ein politischer Standpunkt vertreten wird, der ihm offensichtlich nicht passt.

Wesentliche Gegenpositionen

Es soll nun auf drei wesentliche Aspekte sozialistischer Analyse und sozialistischer Politik eingetreten werden, zu denen Fritz Heeb seine Posi-

tion bestimmt, zu denen sich aber aus der Sicht der Linken eine andere Position aufdrängt. Heeb spricht in seinem Artikel vom tragischen Irrtum, zu glauben, die Verstaatlichung der Produktionsmittel sei der entscheidende Schritt zur sozialistischen Gesellschaft, er spricht vom Sonderfall der zwar kapitalistischen, aber demokratischen Schweiz, und er spricht schliesslich auch von den zwangsläufig sich einstellenden verändernden Reformen zur Überwindung des Grundwiderspruches im kapitalistischen System: zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte einerseits und jener der Produktionsverhältnisse anderseits. Hier gilt es nun klar Gegenposition zu beziehen. Ernst Bloch weist in seiner Publikation «Differenzierungen im Begriff Fortschritt» auf den «zeitfetischistischen Fortschrittsgedanken» bei der späteren Sozialdemokratie hin, «der dann geradezu einen Selbstlauf des Fortschrittes behauptet. Wurde er doch scheinökonomisch durch ein angeblich automatisches Hineinwachsen des Kapitalismus in den ihn nachfolgenden Sozialismus begründet. Solche Art von Fortschrittsfreude dient dem Fortschritt bekanntlich nicht. Sie lähmt vielmehr das wirkliche Vorwärts, so wie sie auch grossteils nur als Ideologie für die Unlust dient, selbst ein Rad im Uhrwerk der Geschichte zu sein.» Soweit Ernst Bloch. Der eigentlich tragische Irrtum ist deshalb der, zu glauben, irgendeine Veränderung als Schritt zu einer sozialistischen Gesellschaft könne ohne Kampf erreicht und längerfristig auch über Krisen hinweg erfolgreich verteidigt werden. Dieser Kampf muss in den «bürgerlich-demokratischen» Institutionen geführt werden, kann sich aber nicht auf diese beschränken. Das gilt für die Schweiz genau so wie für jedes andere kapitalistische Land. Selbstverständlich geht es innerhalb und ausserhalb der Institutionen darum, Mehrheiten zu gewinnen. Es geht aber noch mehr darum, diese auch tatsächlich an allen Fronten zu mobilisieren. Tatsache in der Schweiz ist heute, dass die sozialdemokratisch-parlamentarische Friedenspolitik und die gewerkschaftlich-vertragliche Friedenspolitik zu einer beispiellosen Demobilisierung der Arbeiterschaft geführt haben und damit auch zu einer beispiellosen Ratlosigkeit, wie in der anstehenden Krise dem Klassengegner entgegenzutreten sei, weil dieser ja inzwischen zum «Sozialpartner» geworden ist.

Mitbestimmung als Schritt zur Vergesellschaftung

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel (von einer zentralistisch-bürokratischen Verstaatlichung hat ja die «Linke» nie gesprochen) ist letztlich dann eben doch ein sehr entscheidender Schritt, gerade deshalb, weil er mit Bestimmtheit nicht geschenkt wird, sondern sehr hart erkämpft werden muss. Die Mitbestimmung, verstanden als Teil-Schritt zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel im Sinne einer Mitbestimmung aller Produzenten (im marxistischen Sinne des Begriffs), hat deshalb tatsächlich fundamentale Bedeutung. In diesem Sinne hat sich die Linke der Mitbestimmung nie widersetzt. Sie muss aber – gesetzliche Regelung hin oder

her – in jedem einzelnen Betrieb erkämpft werden, denn sie ist so verstanden ein klarer Angriff auf das private Eigentum an den Produktionsmitteln mit allen seinen Konsequenzen.

Zusammenarbeit mit der übrigen Linken

Fritz Heeb lehnt jede Zusammenarbeit mit dem, was er als «linke Splittergruppen ausserhalb der Sozialdemokratie» bezeichnet, kategorisch ab. Im Programm der Sozialistischen Internationalen, dem sich auch die SPS verpflichtet fühlt, wird zur politischen Demokratie festgehalten: «Die Demokratie erfordert die Daseinsberechtigung von mehr als einer Partei und das Recht auf Opposition.» Diese «Pluralismuserklärung» lässt offensichtlich verschiedene Interpretationen zu. Es muss dabei aber auch jene Position akzeptiert werden, die daraus die Daseinsberechtigung mehrerer sozialistischer Parteien ableitet. Es kann ja weder Aufgabe noch Ziel eines sozialistischen Programmes sein, einerseits die Überwindung des Kapitalismus zu postulieren und gleichzeitig die Existenz politischer Organisationen des Kapitals zu garantieren. In der gegenwärtigen Situation und in ihrer jetzigen Organisation und Struktur kann die SPS kein Monopol zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in der Schweiz für sich beanspruchen. In bestimmten Fragen muss die Sozialdemokratie mit anderen linken Parteien und Gruppen zusammenarbeiten, und zwar nicht wie bisher aus einer Defensivposition heraus, sondern indem sie selbst die Initiative ergreift. Es dürfte wirklich schwer fallen, mit sozialistischen Argumenten etwa die Zusammenarbeit zur Organisation einer Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Volk abzulehnen. Massgebend für den Grad der Zusammenarbeit und massgebend für die Initiative zu dieser Zusammenarbeit muss dabei das tatsächliche Kräfteverhältnis sein, massgebend für den materiellen Inhalt der Zusammenarbeit die programmatischen Positionen der beteiligten Organisationen. Eine solche gezielte Zusammenarbeit ohne jede Selbstverleugnung ist auf alle Fälle fruchtbarer als das krampfhafte Bemühen, sich links scharf abzugrenzen, um rechts glaubwürdiger zu wirken.

Keine Gewerkschaftsfeindlichkeit

Der Linken wird immer wieder – und versteckt auch von Heeb – Gewerkschaftsfeindlichkeit vorgeworfen. Geradezu klassisch für diese Frage ist der Fall von Rosa Luxemburg, die während ihrer ganzen politischen Tätigkeit innerhalb und ausserhalb der Sozialdemokratie diesem Vorwurf ausgesetzt war. In genereller Form entbehrt dieser Vorwurf der Linken gegenüber jedoch jeder Grundlage. Tatsache ist jedoch, dass die Linke die Frage des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaft immer wieder zur Diskussion gestellt hat und immer wieder zur Diskussion stellen muss. Dabei sind die Linken wahrscheinlich die ersten, die anerkennen, dass heute die Gewerkschaften über ihre Mitglieder weit breiter in der Arbei-

terschaft verankert sind als die SP. Dass die Gewerkschaften deshalb auch als wesentlicher Teil der organisierten Arbeiterbewegung anerkannt werden, steht überhaupt nicht zur Diskussion. Das schliesst jedoch eine kritische und ablehnende Haltung gegenüber bestimmten Positionen in den Gewerkschaften und gegenüber bestimmten Funktionären der Gewerkschaften keineswegs aus. Es dürfte jedoch recht schwierig sein, in der Geschichte der Arbeiterbewegung Fälle zu finden, in denen sich diese Kritik nicht einig wusste mit einer entsprechenden Kritik innerhalb der Gewerkschaftbewegung selbst. Dies wird gerade heute wieder deutlich am Beispiel der Stellungnahmen zur 40-Stunden-Woche-Initiative.

Einige Grundsätze für eine sozialistische Politik

Abschliessend sollen einige Grundsätze für eine sozialistische Politik formuliert und damit zur Diskussion gestellt werden.

1. Sozialistische Politik muss ausgehen von einer realistischen Einschätzung der Situation in der Schweiz im Rahmen der internationalen Entwicklung. Dies bedeutet insbesondere, dass sie nicht kurzfristig auf die gegenwärtige Krise und ihre «Bewältigung» ausgerichtet sein darf, sondern auf die Tatsache, dass Krisen im Kapitalismus immer wieder auftreten müssen. Zur realistischen Einschätzung gehört aber auch die klare Einsicht, dass die Probleme der ungleichen internationalen und regionalen Entwicklung sowie die strukturellen Probleme innerhalb der Regionen zwangsläufige Folgen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind.

2. Sozialistische Politik muss davon ausgehen, dass im bürgerlichen Staat die Möglichkeiten einer sozialistischen Partei zur Einflussnahme auf die wirtschaftliche Entwicklung (die Entwicklung der Produktivkräfte und die Entwicklung der Produktionsverhältnisse) durch die Macht der herrschenden Interessen eingeschränkt sind und dass auch Demokratie und demokratische Institutionen deshalb auf die Sphäre der Zirkulation beschränkt bleiben. Gerade diese Tatsache führt jedoch immer wieder zu jenen offensichtlichen Widersprüchen, die – unter Ausnützung des gesamten Spielraumes – Ansatzpunkte für eine sozialistische Politik sein müssen.

3. Sozialistische Politik muss darauf ausgerichtet sein, eine der bürgerlichen Ideologie und der kapitalistischen Systemlogik entsprechende und entgegenkommende Arbeitsteilung und Bereichsabgrenzung zu überwinden. Dies gilt insbesondere für die Abgrenzung zwischen Politikbereich und Produktionssphäre und die entsprechende Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaften. Dabei muss bewusst bleiben, dass jeder Schritt zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ein Schritt wider die Logik des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln und die damit verbundene Art und Weise der Kapitalverwertung sein muss – ein Schritt somit, der erkämpft werden muss.